

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2023/314 von Miriam Locher: «Krankes Gesundheitssystem?» 2023/314

vom 19. September 2023

1. Text der Interpellation

Am 8. Juni 2023 reichte Miriam Locher die Interpellation 2023/314 «Krankes Gesundheitssystem?» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Nicht erst seit Corona ist klar, dass es für eine umfassende und sichere Gesundheitsversorgung auf allen Stufen genügend und vor allem auch genügend qualifiziertes Gesundheitspersonal benötigt. Der Fachkräftemangel spitzt sich seit längerer Zeit zu und auch die Annahme der Pflegeinitiative hat bislang keinen positiven Effekt. Das gerade durch die Pandemie zusätzlich körperlich und psychisch sehr belastete Gesundheitspersonal wird durch die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter beansprucht. Das ist eine beunruhigende Situation.

Die Tatsache, dass Lernende, Studierende und generell das Gesundheitspersonal Aufgaben übernehmen müssen, die nicht ihren Qualifikationen entsprechen, ist nicht nur für die Betroffenen eine Belastung, die Überforderung schadet auch dem Gesundheitssystem, da sich viele der betroffenen Personen dazu entscheiden, aus dem Gesundheitswesen auszusteigen. Die Tatsache, dass bei Krankheitsfällen stets ein zügiges Wiedereinsteigen in den Beruf gefordert wird und dass Angestellte unter Druck gesetzt werden, ist beispielsweise im Unispital kein Geheimnis.

Dazu folgende Fragen:

- 1. Wie zeigt sich die Situation im Kanton Baselland bezüglich der geschlossenen Betten aufgrund fehlenden Fachpersonals?*
- 2. Hat sich diese Situation in den letzten zwölf Monaten verändert und wie sind die Aussichten?*
- 3. Wie zeigt sich diese Situation analog in den Alters- und Pflegeheimen, gibt es Betten die aufgrund fehlenden Personals nicht besetzt werden konnten?*
- 4. Hat sich diese Situation in den letzten zwölf Monaten verändert und wie sind die Aussichten?*

5. *Auch die Spitex-Organisationen stehen unter Druck. Mussten Klienten und Klientinnen aufgrund fehlenden Personals bei privaten oder öffentlichen Organisationen abgewiesen werden?*
6. *Hat sich diese Situation in den letzten zwölf Monaten verändert und wie sind die Aussichten?*
7. *Sind dem Regierungsrat Arztpraxen bekannt, die Behandlungs- oder Öffnungszeiten wegen fehlenden Fachpersonals einschränken mussten?*
8. *Hat sich diese Situation in den letzten zwölf Monaten verändert und wie sind die Aussichten?*
9. *Welche Versorgungsbereiche sind insbesondere vom Fachkräftemangel betroffen und wo ist entsprechendes Personal im Kanton Baselland am schwierigsten zu rekrutieren?*
10. *Hat der Regierungsrat Kenntnis von Nachteilen für die Baselbieter Bevölkerung? (Vorzeitige Austritte, Verlegungen, ...)*
11. *Wie ist die Haltung des Regierungsrates zu den erschwerten Bedingungen in Krankheitsfällen des Gesundheitspersonals?*
12. *Gibt es Massnahmen, welche der Regierungsrat unterstützend ergreifen kann*

2. Einleitende Bemerkungen

Generell hat sich der Fachkräftebedarf im schweizerische Arbeitsmarkt in diversen Berufszweigen seit 2019 deutlich verändert. In einer Publikation des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO im April 2023, Rahel Felder, Boris Kaiser, Thomas Möhr, Conny Wunsch (2023): «Auswirkungen der Coronapandemie auf den Arbeitsmarkt und Rolle der Arbeitslosenversicherung; Grundlagen für die Wirtschaftspolitik Nr. 38. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Bern, Schweiz», wird festgehalten, «dass der auf der Nachfrageseite gegenüber 2019 deutlich erhöhte Personalbedarf im ersten Quartal 2022 sich ungleich auf die Branchen verteilt. Am grössten ist er mit +158% in der Gastronomie und +131% im Tourismus, gefolgt vom Bereich Gesundheit und Soziales mit +84% und dem Handel mit +61%». Es kann davon ausgegangen werden, dass auch der Kanton Basel-Landschaft in ähnlicher Weise vom Fachkräftemangel betroffen ist.

Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Motion 2022/635 «Dringende Verbesserung des Rettungsdienstes». Der Landrat hat bereits umfassende Massnahmen erarbeitet und erhebliche Ausgaben beschlossen zur Verbesserung der Situation im Rettungsdienst und somit des «kranken Gesundheitssystems».

Aufgrund der Anfrage der Interpellantin wurden vom Amt für Gesundheit die jeweiligen Verbände: Ärztegesellschaft Baselland, Spitexverband Baselland, der Privatspitexverband ASPS, der Heimverband CURAVIVA Baselland sowie die Baselbieter Spitäler gebeten, die Fragen der Interpellantin zu beantworten.

Das Universitätsspital Basel (USB) wurde über das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt mit der Aussage der Interpellantin konfrontiert, «dass [dort] bei Krankheitsfällen stets ein zügiges Wiedereinsteigen in den Beruf gefordert wird und dass Angestellte unter Druck gesetzt werden». Dazu hält das USB fest, dass an dieses eine gegenteilige Aussensicht herangetragen werde, «wonach das USB sehr sozial sei».

3. Beantwortung der Fragen

1. *Wie zeigt sich die Situation im Kanton Baselland bezüglich der geschlossenen [Spital-] Betten aufgrund fehlenden Fachpersonals?*

Der Regierungsrat schliesst aus den Rückmeldungen der Spitäler, dass die Leistungserbringung auch bei angespannter Lage auf dem Fachkräftemarkt bisher ohne Schliessung von Bettenstationen erbracht werden kann. Die Psychiatrie Baselland (PBL), die Ergolz Klinik, das Kantonsspital Baselland (KSBL) und die Klinik Arlesheim melden, dass bisher keine Betten «geschlossen» werden mussten.

2. Hat sich die Situation in den letzten zwölf Monaten verändert und wie sind die Aussichten?

Das KSBL meldet, dass sich die Situation in den letzten 12 Monaten nicht verändert habe. Dies sei sicher auch dem Umstand geschuldet, dass das KSBL insbesondere in den vom Fachkräftemangel besonders betroffenen Bereichen Lohnentwicklungen vorgenommen hat – dies in Vorleistung, ohne die Finanzierung dafür in Aussicht zu haben. Aus Sicht der Kliniken Arlesheim und Ergolz hat sich die Situation in den letzten 12 Monaten verschlechtert.

Generell bleibt festzustellen, dass die Aussichten auf eine Verschärfung hindeuten. Die Situation betreffend Rekrutierung der Fachkräfte verändert sich: Es gestaltet sich deutlich schwieriger, Fachkräfte zu rekrutieren, die Anzahl der Bewerbungen auf ausgeschriebene Stellen ist rückläufig und die Lohnanforderungen der Bewerber und Bewerberinnen sind gestiegen.

3. Wie zeigt sich diese Situation analog in den Alters- und Pflegeheimen, gibt es Betten die aufgrund fehlenden Personals nicht besetzt werden konnten?

Nein, die gibt es nach Aussage von CURAVIVA Baselland aktuell nicht. Alle Pflegeheime im Kanton Basel-Landschaft bekräftigen, dass es keine Betten gibt, die aufgrund von fehlendem Personal nicht besetzt sind. Um die angespannte Personalsituation bei kurzfristigen Vakanzen aufzufangen, werden freiwerdende Betten allenfalls verzögert wieder belegt.

4. Hat sich die Situation in den letzten zwölf Monaten verändert und wie sind die Aussichten?

Generell kann festgestellt werden, dass die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt zugenommen hat. Für die APH bleibt die Personaldecke dünn, sodass Vakanzen teilweise nur mit Unterstützung von ggfs. teureren Temporärmitarbeitenden aufgefangen werden können, um alle Betten zu betreiben. Generell dauert es heute länger, bis Stellen wiederbesetzt werden können. Nahezu alle Alters- und Pflegeheime im Kanton Basel-Landschaft gehen jedoch davon aus, dass sie mit dem bestehenden Personal ihren Auftrag in der näheren Zukunft erfüllen können.

5. Auch die Spitex-Organisationen stehen unter Druck. Mussten Klienten und Klientinnen aufgrund fehlenden Personals bei privaten oder öffentlichen Organisationen abgewiesen werden?

Gemäss Rückmeldung des Spitexverbands (SVBL) konnte bis heute die überwiegende Mehrheit der Spitexorganisationen mit Leistungsauftrag im Kanton Basel-Landschaft alle Anmeldungen in der Pflege annehmen; d.h. es mussten keine Klientinnen und Klienten abgewiesen werden. Allerdings kam oder kann es an einzelnen Tagen wegen Personalmangels (Personalausfälle) immer einmal zu Verschiebungen oder einer Absage einzelner Einsätze kommen. Bei einigen Spitex-Organisationen resultierte in Situationen mit Personalengpässen und gleichzeitig gehäuften Anfragen eine temporäre Fokussierung auf die notwendigsten Massnahmen oder eine Lösungssuche im Verbund mit anderen Spitex-Organisationen.

Der SVBL meldet weiter, dass es jedoch im hauswirtschaftlichen Bereich vorgekommen sei (insbesondere in der Phase während der Pandemie, als es viele krankheitsbedingte Absenzen gab), dass Aufträge nach einer strikten Priorität und einer Warteliste durchgeführt werden mussten. Einzelne Organisationen vermelden, dass es im Bereich der psychiatrischen Pflege eine

erhöhte Nachfrage gäbe und offene Stellen in diesem Bereich nicht oder nur verzögert besetzt werden konnten, so dass hier einzelne Aufträge abgelehnt werden mussten.

Die Mehrheit der befragten privaten Spitex-Organisationen gibt an, dass sie aufgrund von fehlenden Kapazitäten, auch schon Klienten und Klientinnen abweisen mussten.

6. Hat sich die Situation in den letzten zwölf Monaten verändert und wie sind die Aussichten?

Aus Sicht des SVBL hat sich für Spitexen mit Leistungsvereinbarung im Kanton Basel-Landschaft die Situation in den letzten 12 Monaten nicht wesentlich verändert. Aufgrund des absehbaren weiteren Anstiegs der Nachfrage nach Spitexleistungen und dem bestehenden und ggfs. zunehmenden Fachkräftemangel, müsse jedoch davon ausgegangen werden, dass es künftig vermehrt zu Wartezeiten und im schlimmsten Fall zu Abweisungen kommen könne.

Die Mehrheit der befragten privaten Spitexen geht darin einig, dass sich die Situation in den letzten 12 Monaten zusätzlich verschlechtert habe. Es sei sehr schwierig, qualifiziertes Personal zu finden.

7. Sind dem Regierungsrat Arztpraxen bekannt, die Behandlungs- oder Öffnungszeiten wegen fehlenden Fachpersonals einschränken mussten?

Der Ärztesgesellschaft Baselland sind mit einer Ausnahme (temporär) keine Kolleginnen oder Kollegen bekannt, die wegen Mangel an medizinischen Praxisassistenten (MPA) ihre Arztpraxis zeitweise schliessen mussten.

8. Hat sich die Situation in den letzten zwölf Monaten verändert und wie sind die Aussichten?

Die Ärztesgesellschaft Baselland ist der Ansicht, das Problem sei auf eidgenössischer Ebene zu lösen. «Schnellschussmassnahmen auf kantonaler Ebene» brächten aus Sicht der Ärztesgesellschaft langfristig nicht viel.

9. Welche Versorgungsbereiche sind insbesondere vom Fachkräftemangel betroffen und wo ist entsprechendes Personal im Kanton Baselland an schwierigsten zu rekrutieren?

Im Rahmen des bikantonalen Umsetzungsprojekts zu [Art. 117b Bundesverfassung](#) (Pflegeartikel/Umsetzung Pflegeinitiative) wird diese Frage vertieft geprüft.

10. Hat der Regierungsrat Kenntnis von Nachteilen für die Baselbieter Bevölkerung? (Vorzeitige Austritte, Verlegungen, ...)

Der Regierungsrat hat keine Hinweise erhalten von einer erhöhten Anzahl vorzeitiger Austritte, Verlegungen oder ähnlichen Vorfällen bzw. weiterer Nachteile für die Baselbieter Bevölkerung.

11. und 12: Wie ist die Haltung des Regierungsrates zu den erschwerten Bedingungen in Krankheitsfällen des Gesundheitspersonals und gibt es Massnahmen, welche der Regierungsrat unterstützend ergreifen kann?

Der Regierungsrat sieht die Sozialpartner in der Pflicht, allfällige krankheitsbedingte Ausfälle in der Arbeits- oder Schichtplanung angemessen zu berücksichtigen bzw. eine achtsame Wiedereingliederung genesener Mitarbeitender zu begünstigen.

Im Rahmen eines bikantonalen Projekts zur Umsetzung des Pflegeartikels (Art. 117b BV) werden Massnahmen geprüft und je nach Zuständigkeit dem Regierungsrat und Landrat unterbreitet.

Der Regierungsrat geht im Übrigen einig mit der am 13. Juni 2023 kommunizierten Haltung des Vorstands der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und – direktoren (GDK) in Bezug auf eine *«adäquate Tarifierung für die Spitäler»*, welche die *«Durchführung eines runden Tisches auf Einladung von H+ begrüsst sowie mittel- und längerfristig Anpassungsbedarf bei den Regeln der Tarifiermittlung sieht, damit die Teuerung unmittelbar einbezogen werden kann. Er erwartet vom Bund, dass er die Tarifpartner und Kantone bei der rechtlichen Verankerung einer Lösung unterstützt»*.

Liestal, 19. September 2023

Im Namen des Regierungsrats

Die Präsidentin:

Monica Gschwind

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich